

Humboldt-Universität zu Berlin
Kommission für Lehre und Studium
des Akademischen Senats

22.02.06
prot200206.doc

Protokoll Nr. 03/ 06

der Beratung der Kommission für Lehre und Studium (LSK) des Akademischen Senats (AS)
am 20. Februar 2006 von 14.15 Uhr bis 18.00 Uhr

Leitung:

Frau Dr. Huberty

Geschäftsstelle:

Frau Heyer (Protokoll)

Mitglieder:

Herr PD Dr. Dahme, Frau Frost (entschuldigt),
Frau Fuchslocher (entschuldigt), Herr Held,
Herr Prof. Johnston, Frau Kabbe, Frau Knuth
(entschuldigt), Frau Krapp, Herr Prof. Müller-
Preußker, Herr Oldewurtel, Herr Roßmann
(entschuldigt), Herr Schallnus (entschuldigt),
Herr Prof. Schlaeger (entschuldigt), Herr
Schneider, Herr Dr. Strutzberg, Herr Süß, Herr
Winkler (entschuldigt)

Ständig beratende Gäste:

Herr Baeckmann
Frau Prof. Baer
Frau Dr. Walter

Gäste

Frau Blankenhorn (VPLRef)
Frau Grawert (ZUV, Abt. Internationales)
Frau Liebner (ZUV, Abt. I)
Frau Pelz (stellv. Frauenbeauftragte)

Zu TOP 5: Herr Dr. Wiskott (MatNatFakI)
Herr Prof. Obermayer (TU)

Zu TOP 7: Frau Holldack, Frau Dr. Kuhn (Ser-
vice-Zentrum Lehramt)

1. Bestätigung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird bestätigt.

2. Bestätigung des Protokolls

Das Protokoll der Beratung vom 30. Januar 2006 wird bestätigt.

3. Information

Frau Dr. Huberty teilt mit, dass Prof. Johnston einen Ruf an die FU angenommen hat und der LSK ab SS 2006 nicht mehr als Mitglied zur Verfügung steht. Sie dankt Prof. Johnston für die geleistete Arbeit. Frau Dr. Huberty begrüßt Frau Pelz, stellvertretende Frauenbeauftragte der HU. Frau Pelz ist Studierende an der Theologischen Fakultät und als Frauenbeauftragte für den Bereich Studierende tätig.

Es wird vereinbart, für die nächsten Sitzungen am 13.03. und am 03.04.06 einen Ferienausschuss einzusetzen.

Frau Prof. Baer informiert über

- die Organisationsentwicklung im Ressort,
- die Vorbereitung der lehramtsbezogenen Masterstudiengänge und die geplante Auftaktveranstaltung mit der Bildungsverwaltung,
- die Optimierung und Neugestaltung der Studien- und Prüfungsordnungen für Bachelor- und Masterstudiengänge und die Überarbeitung der ASSP,
- das geplante Treffen mit dem Staatssekretär der Wissenschaftsverwaltung, Herrn Husung, zu Fragen der Zulassung und der Kapazitäten sowie über das geplante Gespräch mit Herrn Senator Flierl zu Fragen der Studierbarkeit in den neuen Bachelor- und Masterstudiengängen und Problemen der Studienreform.

Frau Dr. Walter informiert über den aktuellen Stand der Regelungen für ein Studium des Beifachs.

Bisher liegen von 17 Fächern verbindliche Angebote vor. Bis Ende Februar 2006 werden die Studierenden der Bachelormonostudiengänge schriftlich über das Angebot an Beifächern informiert. Zukünftig ist eine zentrale Registrierung auch für das Beifach vorgesehen.

Herr Süß fragt nach, in welchem Umfang eine Absenkung der Zulassungszahlen für das kommende Wintersemester geplant ist und wie eine Reduzierung der Studienplätze durch die Universitätsleitung begründet wird. Frau Prof. Baer führt aus, dass die Kürzungen im Personalbereich und die Einführung gestufter Studiengänge zu einer weiteren Reduzierung der Studienplätze führen wird, wenn die Qualität der Lehre gesichert werden soll.

Herr Süß erläutert seine Auffassung, dass eine Absenkung der Zahl der Studienplätze als Folge der Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge aus studentischer Sicht nicht zu verantworten ist.

Herr Oldewurtel merkt an, dass überfüllte Seminare zwar sehr problematisch sind, jedoch ein Studium nicht unmöglich machen. Er verweist auf die sehr unterschiedlichen Teilnehmerzahlen in den Seminaren. Da die Diskrepanz zwischen der Zahl der Abiturienten und der Zahl der Studienplätze zunehmend größer wird, kann die Reduzierung der Neuzulassungen keine Lösung sein. Die LSK sollte über andere Lösungen, wie z. B. die Vergabe von Lehraufträgen, diskutieren.

Prof. Müller-Preußker weist darauf hin, dass die Studienreform nicht die Ursache für die immer prekärer werdende Lage ist. Die Einführung der neuen Studiengänge bringt mit sich, dass Kapazitäten hinterfragt und CNW neu berechnet werden. Es ist sehr wichtig, die tatsächlichen Kosten des Studiums zu berücksichtigen und zu diskutieren, mit welcher Qualität das Studium angeboten werden soll.

Frau Prof. Baer schlägt vor, dass sich die LSK mit der Problematik ausführlicher beschäftigt, um sich eine eigene Position zum Umgang mit den zu erwartenden steigenden Studienbewerberzahlen zu erarbeiten.

Die Mitglieder der LSK bitten Frau Prof. Baer, zur Vorbereitung der weiteren Diskussion in der LSK eine Stellungnahme der Fächer zu der Frage, wie bei Kürzung der Mittel mit steigenden Bewerberzahlen umgegangen werden sollte, einzuholen.

Dr. Dahme erinnert daran, dass sich die LSK der Problematik der Studierbarkeit insbesondere bei den Bachelorkombinationsstudiengängen widmen sollte.

Frau Prof. Baer und Frau Dr. Walter beantworten Nachfragen der Studierenden zur Einführung neuer Software für die weitergehende Unterstützung des Lehrveranstaltungsmanagements.

Es besteht Einvernehmen, die TOP 5 und 6 vorzuziehen.

5. Beschlussfassung zu den geänderten Ordnungen für den Masterstudiengang Computational Neuroscience (Gemeinsamer SG der TU, FU, HU)

Dr. Wiskott und Prof. Obermayer erläutern die Änderungen in den Ordnungen, die auf Anregung des Rechtsamts und der Zulassungsstelle der TU, als federführender Universität, in die Ordnungen aufgenommen wurden. Die vorgenommenen Änderungen sind zum überwiegenden Teil formaler Natur.

Die Zulassungsordnung wird der LSK als Tischvorlage erneut zur Kenntnis gegeben, da es in § 3 Abs. 2 aktuelle inhaltliche Änderungen gegeben hat. Das Rechtsamt der TU vertritt die Auffassung, dass die bisherigen Zulassungs- und Auswahlkriterien zu weich formuliert und daher nicht gerichtsfest sind.

Nach ausführlicher Diskussion der Zulassungsordnung besteht Einvernehmen, die folgenden Änderungen vorzunehmen:

§ 3 Abs. 2, 1. Anstrich

„mit mindestens sehr guten Leistungen“ ist zu streichen, da die Auswahl der Bewerber aufgrund von Leistungskriterien bereits in Abs. 1 festgeschrieben ist.

§ 3 Abs. 2, 3. Anstrich

neue Formulierung:

„- einen einschlägigen Nachweis über die für den erfolgreichen Abschluss des Studiengangs notwendigen mathematischen Kenntnisse in den Bereichen Analysis, lineare Algebra, Wahrscheinlichkeitstheorie und Statistik. Für Kandidatinnen und Kandidaten mit einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss in Elektrotechnik, Informatik, Mathematik oder Physik im Kernfach, Hauptfach oder Diplom gilt der Nachweis als bereits durch den Abschluss erbracht. Kandidatinnen oder Kandidaten mit Abschlüssen anderer Fächer müssen gleichwertige Kenntnisse zu den in den Studiengängen der Elektrotechnik, Informatik, Mathematik oder Physik vermittelten mathematischen Kenntnissen nachweisen.“

Es wird angeregt, auch Bewerbern mit einem Abschluss in Biophysik den Zugang zum Masterstudiengang zu ermöglichen.

§ 4 Abs. 1, 3. Satz

„notariell beglaubigte Übersetzung“ ist zu ersetzen durch „amtlich beglaubigte Übersetzung“.

Beschluss LSK 05/ 2006

(Abstimmungsergebnis: 8 : 0 : 3)

- I. Die LSK nimmt die geänderte Zulassungsordnung des Masterstudiengangs Computational Neuroscience unter der Voraussetzung, dass die o. g. Änderungen aufgenommen werden, zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt dem Akademischen Senat die geänderte Zulassungsordnung zu erlassen.
- II. Mit der Umsetzung des Beschlusses wird die Vizepräsidentin für Studium und Internationales beauftragt.

Beschluss LSK 06/ 2006

(Abstimmungsergebnis: 10 : 0 : 1)

- I. Die LSK nimmt die geänderten Studien- und Prüfungsordnungen des Masterstudiengangs Computational Neuroscience zustimmend zur Kenntnis.
- II. Mit der Umsetzung des Beschlusses wird die Vizepräsidentin für Studium und Internationales beauftragt.

6. Vorberatung zum Antrag auf Verlängerung des Masterstudiengangs Polymer Science

Herr Oldewurtel schlägt vor, die LSK zukünftig über die geplanten und laufenden Akkreditierungsverfahren sowie über die Akkreditierungsberichte zu informieren.

Aus dem vorliegenden Bericht zur Akkreditierung des Masterstudiengangs Polymer Science ergeben sich mehrere Fragen, wie z. B.:

- die befristete Immatrikulation für zwei Semester, mit dem Hintergrund, fachliche Voraussetzungen zu erwerben, ist kritisch zu hinterfragen,
- der Umgang mit der Finanzierungsplanung ist unklar,
- die Umsetzung der Auflagen für die Studien- und Prüfungsordnung ist nicht nachvollziehbar,
- die Maluspunkteregelung ist problematisch.

Prof. Müller-Preußker weist darauf hin, dass es sich nicht um einen grundständigen Studiengang handelt. Daher müssen Studierende aus verschiedenen fachlichen Richtungen, die fachlichen Voraussetzungen während des Studiums nachholen.

Herr Süß fragt zur Empfehlung der Gutachter nach, die relativen ECTS-Grades zu ergänzen. Frau Prof. Baer erläutert, dass es noch keine neuen Beschlüsse der KMK und HRK gibt, dass jedoch über Änderungen diskutiert wird.

Frau Dr. Huberty merkt an, dass es bei dem vorliegenden Antrag noch nicht um die Änderungen der Studien- und Prüfungsordnung, sondern vielmehr um die Weiterführung des Studiengangs geht.

Die Beschlussfassung wird für die Beratung der LSK am 13.3.06 vorgesehen.

7. AS-Vorlage Pro Lehramt: Service-Zentrum Lehramt

Frau Prof. Baer stellt die AS-Vorlage „Service-Zentrum Lehramt“ vor und beantwortet die Nachfragen der LSK-Mitglieder.

In der Diskussion werden die folgenden Punkte beraten:

- Zuständigkeiten und Aufgabenverteilung der Gemeinsamen Kommission (GK) und der LSK
- Zusammensetzung, Größe und Mitglieder der GK
- Vertretung von Fächergruppen in der GK statt aller Fächer
- Einrichtung von Arbeitsgruppen innerhalb der GK

Dr. Strutzberg erläutert seine Auffassung, dass anhand der Vorlage nicht deutlich wird, an welcher Stelle die nötigen Entscheidungen getroffen werden. Er regt an, unter IV. Begründung im 2. Satz eine geänderte Formulierung aufzunehmen, da unklar ist, was mit „...jenseits dieser Anforderung...“ gemeint ist. Dr. Strutzberg fragt nach, wer für die Initiative „Pro Lehramt“ die Verantwortung trägt und wer der Adressat für diese Initiative ist.

Frau Prof. Baer betont, dass es sich um ein Bekenntnis und eine Initiative der Universität zur Sicherung der Qualität in der Lehrerausbildung handelt. Die organisatorische Verantwortlichkeit ist im Service-Zentrum Lehramt verankert.

Dr. Dahme unterstützt eine enge Anbindung der GK an die Fakultäten und die Einbeziehung der Studiendekane.

Frau Prof. Baer betont, dass die LSK die Kommission ist, die die Lehrfragen für den AS zentral behandelt. Die neu einzurichtende GK soll die LSK nicht ersetzen. Zwischen Abt. VI und dem Servicezentrum Lehramt sowie zwischen LSK und GK sind enge Beziehungen erforderlich.

Beschluss LSK 07/ 2006

(Abstimmungsergebnis: 10 : 0 : 1)

- I. Die LSK nimmt die AS-Vorlage „Pro Lehramt: Service-Zentrum Lehramt“ zustimmend zur Kenntnis.
- II. Mit der Umsetzung des Beschlusses wird die Vizepräsidentin für Studium und Internationales beauftragt.

8. AS-Vorlage zur Zulassung im Wintersemester 2006/07

Anhand der Tischvorlage stellt Frau Prof. Baer den Entwurf der neuen Zulassungssatzung vor.

Herr Baeckmann erläutert die Festlegung der einzelnen Vorabquoten.

Nach der Diskussion der Vorlage besteht Einvernehmen, die Beratung in der nächsten Sitzung fortzusetzen.

4. Strategische Ziele für die Lehre an der HU

vertagt

9. Verschiedenes

-

Im Auftrag
gez. Heyer